

solik aktuell



Ausbildung 2008

»Ausbildung für alle« – die Initiative wird auch im neuen Jahr zum Kerngeschäft der DGB-Jugend gehören.

Es bleibt brisant auf dem Ausbildungsstellenmarkt: Die gerade veröffentlichte Ausbildungsbilanz 2007 der Bundesregierung verzeichnet zwar eine Erhöhung der Zahl der Ausbildungsverträge gegenüber dem Vorjahr 2006 um rund 50.000 – aber an der wesentlichen Dramatik der Ausbildungsplatzsituation ändert dies nichts. Denn der Anstieg basiert im Wesentlichen auf der Einrichtung zusätzlicher außerbetrieblicher Stellen.

Während 1992 noch 760.000 SchulabgängerInnen rund 595.000 Ausbildungsverträge abschließen konnten, erhielten 2007 von 946.200 AbsolventInnen nur 625.000 einen Ausbildungsplatz. Das Angebot bleibt also weiter unzureichend.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) plant, einen Ausbildungsbonus für zusätzliche Ausbildungsplätze einzuführen. Er soll an Unternehmen gezahlt werden, wenn sie BewerberInnen einstellen, die schon lange vergeblich nach einem Ausbildungsplatz suchen und maximal einen Realschulabschluss haben.

Für den DGB ist ein solcher staatlich finanzierter Ausbildungsbonus nicht geeignet, das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen zu erhöhen. »Es ist zu befürchten, dass es zu Fehlentwicklungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt kommen wird«, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock.

DGB-JUGEND NRW

Schlauer statt rechts

»Schlauer statt rechts« – das ist der Titel einer Aufklärungskampagne der DGB-Jugend NRW und drei weiterer Jugendverbände, die am 27. Januar 2008 startet.

Infos: www.dgb-jugend-nrw.de

BERUFSWAHL



»Montag« heißt die DGB-Jugend-Broschüre zur Berufsorientierung: Sie bietet SchülerInnen einen Überblick über Ausbildungsberufe, Verdienstmöglichkeiten und Tipps zur Bewerbung. »Montag« erscheint Ende Januar 2008 – Hinweise auf www.dgb-jugend.de

Bei einer pauschalen Förderung aus öffentlichen Mitteln sei davon auszugehen, dass Qualitätsaspekte in der Ausbildung vernachlässigt werden.

Die DGB-Jugend fordert mehr Rückbesinnung auf die Verantwortung der Arbeitgeber – und wenn schon ein Bonus für mehr betriebliche Ausbildungsplätze, dann finanziert von den Betrieben, die sich nicht aktiv an Ausbildung beteiligen.

Sich für diese Ziele einzusetzen, das will die DGB-Jugend auch 2008 mit der Fortführung der Initiative »Ausbildung für alle«. Alle Jugendlichen sollen eine Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten – entsprechend soll Druck auf Politik und Wirtschaft gemacht werden. Getragen und unterstützt wird die Initiative vom DGB, seinen Mitgliedsgewerkschaften und vielen Bündnispartnern – auf vielerlei Weise: mit einem Clip zur Initiative, einem Motivationsfilm für Lernbenachteiligte, Infomaterial und der Entwicklung von neuen Aktionsformen.

INHALT

3 projekte

Gemeinsam gewinnen: Die Aufgaben der DGB-Jugend 2008

Online-Petition: Gegen Studiengebühren

Wegweiser: Tarifdaten für Auszubildende

Gemeinsinn: Die Initiative »Orte der Vielfalt«

Jugendbeteiligung: Das Aktionsprogramm

5 thema

Stadt und Herkunft: Ausbildung und ihre regionalen Besonderheiten

6 azubi-berater

Richtiges Lernen: Unterstützung bei der Abschlussprüfung

7 bezirke + gewerkschaften

Braune Jungs und Mädchen: Rechtsextremismus in Hamburg

Gleichberechtigung her: Der »Gelbe-Hand«-Wettbewerb

Rassismus? Nie mehr blöde Anmache!

Geplant ist außerdem, die Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit weiterzuentwickeln, das Online-Portal www.ausbildung-fuer-alle.de aktionsorientierter auszubauen und auch künftig mithilfe des Newsletters die Akteure in den Gewerkschaften und den unterstützenden Organisationen über aktuelle Entwicklungen zu informieren. In einigen Bundesländern werden wie schon 2007 Wandertage mit SchülerInnen vor und in den Landtagen stattfinden.

Ein Höhepunkt in diesem Jahr soll das Jugendfestival »Berlino8« vom 13. bis 15. Juni 2008 in Berlin werden, zu dem rund 10.000 Jugendliche erwartet werden. Die DGB-Jugend wird sich daran unter dem Motto »Ausbildung für alle« beteiligen.

Im Herbst ist außerdem ein bundesweiter dezentraler Aktionstag geplant. An diesem Tag sollen an möglichst vielen Orten öffentlichkeitswirksame Aktivitäten stattfinden.

Alle weiteren DGB-Jugend-Projekte 2008: Siehe Seite 3 www.ausbildung-fuer-alle.de

Zu brisant

BA-Statistik ■ Die Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit (BA) für das Ausbildungsstellen-Vermittlungsjahr (jeweils 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres) werden von Oktober bis einschließlich Februar nicht veröffentlicht. Isolierte Monatsdaten seien wenig aussagekräftig, heißt es.



M. Frank

DGB-Jugend-Referent **Marco Frank**: »Die Paktpartner versuchen geschickt zu kaschieren, dass sich der Zuwachs an Ausbildungsplätzen weitestgehend auf staatlich finanzierte außerbetriebliche Plätze stützt.«

Aussetzung Blödsinn

AEVO ■ Die zeitlich befristete Aussetzung der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) steht im Verdacht, negative Auswirkungen auf die Qualität der Ausbildung zu haben. Eine deutliche Mehrheit der Betriebe sieht in der AEVO einen Beitrag zur Sicherung von Mindestqualifikationen des Ausbilderpersonals. Dies ist das wichtigste Ergebnis einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB).

www.bibb.de/de/31268.htm

Bachelor und Master

Studis: Alle Zahlen ■ 61% aller Studiengänge an deutschen Hochschulen führen zu den Abschlüssen Bachelor oder Master. Die Zahl der neuen Studiengänge ist damit um 22% im Wintersemester 2007/2008 gegenüber dem vorhergehenden Sommersemester gestiegen. Die Hochschulen bieten mittlerweile 6.886 Bachelor- und Masterstudiengänge an. Die Studierendenzahlen zeigen, dass die neuen Studiengänge auf dem Weg sind, die Hochschullandschaft überwiegend zu prägen. Zum Wintersemester 2006/07 immatrikulierte sich fast jeder zweite Studienanfänger in einen Bachelorstudiengang (44,4%).

Alle Zahlen: www.hrk.de, Stichwort »Statistiken zur Hochschulpolitik«

Trinker-Uni

Studis: Problemverhalten ■ Die Mehrzahl der Studierenden in Nordrhein-Westfalen schätzt den eigenen Gesundheitszustand mindestens als gut ein. Aber: Während immer weniger Studierende rauchen, greifen immer mehr zum Alkohol. Besonders Männer hängen an der Flasche: Fast jeder dritte männliche Student hat ein problematisches Trinkverhalten, so die Ergebnisse der Studie »Gesundheitssurvey für Studierende in NRW«. An der Drogen-Studie haben sich zwölf Universitäten und vier Fachhochschulen in NRW, dem Bundesland mit den meisten Hochschulen, beteiligt.

Jung und arm

FES-Stipendium ■ Angesichts des zunehmenden Studienverzichts von jungen Menschen aus armen Familien bietet die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) jetzt ein neues »Stipendium auf Probe« an. Dabei gebe es – anders als bisher – bereits ab dem ersten Semester eine finanzielle Unterstützung. Benotete Leistungsnachweise der Hochschule seien zunächst nicht nötig, sondern nur ein Lehrgutachten und entsprechende Einkommensnachweise. Zwei bis drei Semester haben die Studierenden dann Zeit, durch Leistungen, Engagement und Persönlichkeit die endgültige Aufnahme als Stipendiat zu erreichen.

www.fes.de/erstsemester

Im Minus

Jugendhilfe ■ Bund, Länder und Gemeinden haben im Jahr 2006 insgesamt 20,9 Mrd. Euro für Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. Damit sind die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 0,3% angestiegen. Nach Abzug der Einnahmen, unter anderem aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen, wurden netto rund 18,8 Mrd. Euro für Kinder- und Jugendhilfe aufgewendet (-0,4% gegenüber 2005).

Mit 11,8 Mrd. Euro wurde mehr als die Hälfte der Bruttoausgaben (56%) für Kindertagesbetreuung geleistet.

www.destatis.de, Stichwort »Institutionelle Beratung«

Handy-Kloppe

Killer-Application ■ 94% aller Jugendlichen haben ein Mobiltelefon. Und 29% der Handybesitzer zwischen zwölf und 19 Jahren haben schon einmal mitbekommen, dass eine Schlägerei mit dem Handy gefilmt wurde. Inzwischen ist jeder dritte Junge und jedes vierte Mädchen mit diesem unter dem Namen »happy slapping« bekannten Phänomen in Berührung gekommen. Hauptschüler berichten häufiger von solchen Vorkommnissen als Realschüler und Gymnasiasten.

www.handysektor.de

Dringend empfohlen

EU-Jugendminister ■ Der EU-Jugendministerrat hat seine Forderungen nach einem verbindlichen Konzept für eine europäische Jugendpolitik veröffentlicht: Er kommt zu dem Schluss, dass a) die Bedürfnisse der jungen Generation als Querschnittsthema konsequent zu berücksichtigen sind, b) die Jugend in die Planung und Durchführung politischer Maßnahmen miteinzubeziehen ist und c) eine systematische Berichterstattung über Jugendstrategien in nationalen Reformprogrammen gewährleistet sein muss.

www.jugendpolitikineuropa.de/news-438.html

Besser schreiben

Berufsbildungsbericht ■ Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hat der Bundesregierung empfohlen, den Berufsbildungsbericht zu reformieren. Ziel: Ausgewogenheit und bessere Darstellung. Klartext: Er soll lesbarer werden. Der Berufsbildungsbericht wird in jedem Frühjahr vom Bundesministerium für Bildung und Forschung veröffentlicht.

www.bibb.de/de/31345.htm

Gegen Rechts

ver.di-Jugend: Viele Stimmen ■ Die ver.di-Jugend hat von der Innenministerkonferenz gefordert, den Weg für ein NPD-Verbot frei zu machen. Die ver.di-Jugend hat dafür das ganze Jahr Unterschriften gesammelt. Von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) initiiert, kamen in der gemeinsamen Kampagne insgesamt über 175.000 Stimmen zusammen.

Ausgezeichnet

Heinz-Westphal-Preis ■ Den diesjährigen Heinz-Westphal-Preis (HWP) – der Jugend-Oscar für ehrenamtliches Engagement – erhält die »Sprachstube Deutsch«, ein Projekt junger Migranten im Berliner Stadtteil Wedding. Die Jugendlichen können sich über ein Preisgeld in Höhe von 7.500 Euro freuen.

Mit dem HWP zeichnet der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) gemeinsam mit dem Bundesjugendministerium Projekte aus, in denen in herausragender Weise ehrenamtliches Engagement unterstützt wird.

www.dbjr.de

Glückwunsch, Kollegin



B. Cybard

Verdienstorden ■ **Barbara Cybard** aus Kehl, heute Betriebsratsvorsitzende und bei ver.di tätig, hat in Berlin Ende 2007 das Bundesverdienstkreuz erhalten. Der Grund: Sie hatte in ihrer Schlecker-Filiale einen Betriebsrat gegründet.

Spendenaufwurf

Hausangestellte in Südafrika ■ »Die Frauen in Südafrika werden erst frei sein, wenn die Hausangestellten frei sind« – unter diesem Motto leistet die Gewerkschaft der Hausangestellten SADSAWU Aufklärungsarbeit und kämpft für die Rechte der Hausangestellten auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen. Die DGB-Jugend ruft zur Unterstützung auf.

Info-Brief und Überweisungs-Formular: www.nord-sued-netz.de, Stichwort »Spendenaufwurf für Hausangestellte in Südafrika«

Gemeinsam gewinnen

Die Aufgaben der DGB-Jugend in den kommenden zwölf Monaten: Großprojekte, Reorganisation, Vernetzung und Mitmischen in der Politik.

Qualität der Ausbildung

Ausbildung wird 2008 das große Thema der DGB-Jugend sein – bei allen Fragen der Quantität (siehe Seite 7) darf aber nicht die Qualität vergessen werden. Die Gewerkschaftsjugend wird daher ihren Ausbildungsreport auch in diesem Jahr veröffentlichen – mit bundesweiter und regionaler Auswertung. Und: Das Portal »Dr. Azubi« wird ausgebaut und nach Bedarf auf die einzelnen Gewerkschaften übertragen.

Qualität der Ausbildung – das heißt auch: Kampf um das Jugendarbeitsschutzgesetz. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf: »Dabei werden wir genau darauf achten, wie sich die Diskussion entwickelt und unsere Aktivitäten bei den anstehenden Landtagswahlen fokussieren.«

Prekäre Beschäftigung junger Leute

Auf der Agenda sind weiterhin die Bemühungen um eine gesetzliche Regelung für Praktika wie auch die Problematik prekärer Beschäftigung bei jungen Menschen überhaupt: Dem »DGB-Index Gute Arbeit« folgend, wird sich die DGB-Jugend verstärkt um Aufklärung bemühen, inwiefern junge Menschen von Prekarität betroffen sind, und wie prekäre Beschäftigung – nach Studium und Ausbildung – auftritt. Eine Dis-

kussion über konkrete Forderungen innerhalb der DGB-Jugend steht an.

Bedeutende Projekte

Weitere Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend sind: die Beteiligung am Europäischen Sozialforum (ESF) in Malmö im Herbst und die Beteiligung am großen Jugendtreffen »Berlin 08« im Sommer.

Zudem haben die Jugendabteilungen der Gewerkschaften mit der DGB-Jugend abgestimmt, dass es eine Konferenz der Gesamt- und Konzernjugend- und Auszubildendenvertretungen (GJAV) geben wird.

Berufsschularbeit

Darüber hinaus wird – Devise: alles neu! – die Reorganisation der Berufsschularbeit ein organisationspolitischer Schwerpunkt der DGB-Jugend 2008 sein. Sie wird integrativ ausgerichtet und nach klaren Verantwortlichkeiten überarbeitet – das bedeutet: neues Erscheinungsbild und neue Zielgruppenorientierung. Und einen eigenen Internetauftritt wird es auch geben. Startschuss: Anfang Juni 2008.

Antirassismus und Rechtsextremismus

Antirassismus und Rechtsextremismus sind Themen, die 2008 stärker auf die Tagesordnung rücken werden. »Wir streben eine Vernetzung unserer regionalen und bezirklichen Aktivitäten an – mit dem Ziel der bundesweiten Koordination«, sagt Dirk Neumann, politischer Referent bei der DGB-Jugend.

Insbesondere sollen Aktivitäten zum NPd-Verbot vorangetrieben werden. Denn

2005 hat die DGB-Bundesjugendkonferenz beschlossen, auf ein Verbot aller faschistischen Organisationen hinzuwirken. Der Strategie der Rechten, soziale Themen für ihre rassistische Propaganda auszuschlachten, will die DGB-Jugend entgegenzutreten. Wichtiger Termin: 14. bis 16. März 2008, Konferenz der DGB-Jugend »Neonazis und soziale Frage«.

Vorarbeiten für 2009

Das eine Jahr hat gerade angefangen, da steht das nächste schon vor der Tür. Denn 2009 ist immerhin Bundestagswahl und – auch nicht schlecht: DGB-Bundesjugendkonferenz. Beide »Events« finden vermutlich zeitgleich statt. »Wir müssen uns also schon dieses Jahr fragen, wie wir uns angesichts der Wahl aufstellen«, sagt Rudolf, »und wie unsere Lobbyarbeit und die Kooperation mit anderen Jugendverbänden aussehen soll.« [5]

DGB-JUGEND

Die Termine 2008

- 14. bis 16. März: Seminar »Neonazis und Soziale Frage«, Hattingen
- 31. März bis 2. April: GJAV-Konferenz, Hattingen
- 1. April: PraktikantInnen-Aktionstag
- 13. bis 15. Juni: Festival »Berlin 08«
- 20. bis 22. Juni, Konferenz »Prekäre Beschäftigung«, Hattingen
- 29. bis 31. August: ESF, Malmö [5]

Infos: www.dgb-jugend.de, www.dgb-jugendbildung.de

Stimmen machen Stimmung

Online-Petitionen werden immer beliebter – die neueste richtet sich gegen Studiengebühren.

Deine Stimme gegen Studiengebühren« – so heißt die Initiative einiger Studierender, die jetzt ins Internet gegangen ist. Es handelt sich dabei um eine neuerliche Online-Petition – mit einer Unterschriftensammlung soll die Abschaffung der Studiengebühren erreicht werden.

Unter Studiengebühren verstehen die InitiatorInnen Julia Frevert aus Lemgo, Frank Möller aus Recklinghausen und Anna Vogel und Gregor Sander aus Düsseldorf »alle Gebühren, die bei Studienbeginn und im Laufe der Semester von den einzelnen Studenten und Studentinnen gefordert werden«.

Es sei an Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU), offene oder versteckte Gebühren öffentlich abzulehnen und die Länder aufzufordern, von der Erhebung der Gebühren Abstand zu nehmen: »Wir sind der Meinung, dass Bildung ein hohes Gut ist und nicht als Ware gekauft oder verkauft werden darf – und dass dieses auf der Gesamtbundesebene geschützt werden muss«, schreiben sie.

Besser klotzen statt kleckern – nicht zuletzt die Sorge ums Vaterland treibt die Webseitenbetreiber um: »Deutschland braucht auch und gerade in schwierigen

Zeiten, in denen wir heute eine zunehmende Abwanderung von Akademikern beobachten können, motivierte Studenten, die sich ganz auf ihr Studium konzentrieren können und nicht noch mit zusätzlich finanziellen Druck belastet werden sollten.«

Die Aktion soll symbolisieren, dass Bildung nicht Ländersache sein darf. Die InitiatorInnen erhoffen sich »eine große Menge an Unterschriften, die die Stimmung der Studierenden bzgl. der Studiengebühren darstellen soll«. [5]

Online-petition gegen Studiengebühren aller Art: www.deine-stimme-gegen-studiengebuehren.de

Tarifwegweiser


Das WSI-Tarifarchiv weitet seinen Online-Service aus: Die aktuellen Tarifdaten für Auszubildende sind nun abrufbar.

Das Berufsbildungsgesetz schreibt vor: »Auszubildende haben Auszubildenden eine angemessene Vergütung zu gewähren.«

Aber was ist eine angemessene Vergütung? In den Tarifverträgen sind die Ausbildungsvergütungen nach Ausbildungsjahren

gestaffelt festgelegt. Die Spannweite der Vergütungen ist sehr groß, je nach Branche und Ausbildungsjahr. Sie reicht zum Beispiel von 243 Euro im ersten Ausbildungsjahr im privaten Verkehrsgewerbe in Mecklenburg-Vorpommern bis zu 1.260 Euro für gewerbliche Auszubildende im vierten Ausbildungsjahr im westdeutschen Bauhauptgewerbe.

Das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung hat jetzt einen neuen

Online-Service gestartet: Bankgewerbe und Bekleidungsindustrie, Öffentlicher Dienst und Steinkohleabbau – für 26 Wirtschaftszweige und Tarifbereiche können die tariflichen Ausbildungsvergütungen gegliedert nach Ausbildungsjahren abgerufen werden. Dabei werden auch die Unterschiede nach Bundesländern und Regionen und zwischen gewerblichen und kaufmännischen Ausbildungen angezeigt. 

Der Vergütungsrechner im Internet:
www.tarifvertrag.de/ausbildungsverguetung

»ORTE DER VIELFALT«


Gemeinsinn stärken

Die Bundesregierung hat die Initiative »Orte der Vielfalt« gestartet. Ziel der Initiative ist es, bis zum Jahr 2010 möglichst viele Kommunen und Akteure der Zivilgesellschaft in ganz Deutschland dafür zu gewinnen, sich vor Ort für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu engagieren. Weiteren Schub erfahren soll die Aktion



durch die Bundesländer, die kommunalen Spitzenverbände sowie Organisationen der Zivilgesellschaft, Wirtschaft – und nicht zuletzt den Gewerkschaften: Die Initiative wird vom DGB unterstützt.

Sie soll dazu beitragen, zu verhindern, dass junge Menschen in die rechtsextremistische Szene abrutschen. Die Arbeit in den Jugend- und Wohlfahrtsverbänden, Sport- und Hilfsorganisationen erfordere ein erhebliches Ausmaß an Gemeinsinn und an bürgerschaftlichem Engagement, schreiben die InitiatorInnen. Diese Organisationen machten Jugendliche stark gegenüber rechtsextremistischen Anfeindungen.

Die über 12.000 Kommunen in Deutschland sind aufgerufen, sich an der Initiative zu beteiligen und zur Vielfalt als zentralem Grundwert demokratischen Zusammenlebens zu bekennen. Sie werden dann in einer Deutschlandkarte auf der Webseite www.orte-der-vielfalt.de farblich markiert. Besonders engagierte Kommunen, die bereits aktiv sind und über ein nachhaltiges Konzept zur Stärkung von Toleranz und Demokratie verfügen, können sich darüber hinaus um die Auszeichnung »Ort der Vielfalt« bewerben. 

www.orte-der-vielfalt.de

Paul macht mit

»Das Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung geht 2008 in eine neue Runde.«


Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung« – so heißt das Projekt, für das sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) und der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) zusammengeschlossen haben. Aus vielen Gesprächen ziehe man wichtige Erkenntnisse für künftige Projektförderungen, mit denen möglichst viele junge Menschen für gesellschaftspolitisches Engagement begeistert werden sollen, so fasst Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesjugendministeriums, die Ergebnisse eines Initiativtreffens mit über 50 Jugendlichen in Berlin Ende 2007 zusammen.

Studien zeigten, dass über 80 Prozent der politisch aktiven Bürgerinnen und Bürger bereits in ihrer Jugend positive Erfahrungen mit ehrenamtlichem Engagement gemacht haben. Unter dem Motto »Nur wer was macht, kann auch verändern!« haben die Partner des Aktions-

programms bereits über 100 konkrete Beteiligungsprojekte realisiert, in denen rund 10.000 Jugendliche aktiv geworden sind. Augenblicklich bereitet die BpB gemeinsam mit mehreren hundert Jugendlichen aus dem gesamten Bundesgebiet »Berlin 08 – das Festival für junge Politik« vor, das vom 13. bis 15. Juni 2008 in der Berliner Wuhlheide stattfinden wird, und an dem auch die DGB-Jugend beteiligt ist.

Der DBJR bringt verschiedene Projektbausteine in das Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung ein. »Mit dem Modul »Come in Contract« richten wir uns an Kinder und Jugendliche, die über ihre Wünsche und Vorstellungen direkt und gleichberechtigt mit verantwortlichen Personen in Politik und Gesellschaft verhandeln möchten«, sagt Detlef Raabe, Vorsitzender des DBJR: »Wir alle sind überzeugt: Politik tut gut daran, Jugendlichen und ihren Anliegen genügend Raum zu geben.«

Als prominenter Unterstützer konnte der Musiker Paul van Dyk gewonnen werden. Der Künstler, DJ und Produzent engagiert sich in verschiedenen sozialen Projekten.

Über die Internetseite www.du-machst.de finden Jugendliche Projekte in ihrer Region sowie Hilfestellungen und Informationsmaterial für eigene Initiativen. 

Infos: Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung, Schumannstr. 5, 10117 Berlin, Tel: 030 / 28 87 61 10, E-Mail: presse@du-machst.de, www.du-machst.de



Stadt, Herkunft, Ausbildung

Aufschwung hin oder her: Lehrstellenbewerber leiden unter regionalen Besonderheiten.

Eigentlich müsste die vermeintlich günstigere Angebotsituation in den Ballungszentren für bessere Vermittlungschancen der Jugendlichen in den Großstädten sprechen – mehr Betriebe, mehr Auswahl. Aber genau das Gegenteil ist der Fall: Mit zunehmender Einwohnerdichte gehen die Vermittlungsquoten kontinuierlich zurück. Wieso?

Nach Zahlen des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BiBB) bekamen 2007 in den ländlichen Regionen mit weniger als 100 Einwohnern je Quadratkilometer immerhin 52,4 Prozent der gemeldeten Bewerber eine Lehrstelle, während es in den Ballungsräumen mit mehr als 1.000 Einwohnern nur 35,5 Prozent waren. Umgekehrt galt: Mussten in den ländlichen Regionen noch für 12,1 Prozent der gemeldeten Bewerber die Vermittlungsbemühungen fortgeführt werden, lag die Quote in den Ballungszentren bei 17,4 Prozent.

Die im Schnitt geringeren Einmündungsquoten in den Ballungsräumen sind ein Phänomen, das bereits in den vergangenen Jahren auftrat. Doch hat sich der Abstand zwischen den Vermittlungsquoten in den ländlichen und großstädtischen Regionen im Jahr 2007 noch einmal deutlich zu Lasten der Ballungszentren verschlechtert.

Wie die Bewerberbefragung 2006 von BiBB und Bundesagentur für Arbeit (BA)

zeigt, bilden die bei der BA gemeldeten Bewerber trotz ihrer gemeinsamen grundsätzlichen Eignung für eine Berufsausbildung eine relativ heterogene Gruppe. Beträchtliche Differenzen gibt es im Hinblick auf das Alter und auf den Anteil der Bewerber mit Migrationshintergrund.

Die in den Ballungsräumen gemeldeten Bewerber sind im Schnitt wesentlich älter.

Nach den Ergebnissen der Befragung waren in den Regionen mit einer Einwohnerdichte von

mehr als 1.000 über 40 Prozent der Bewerber 20 Jahre und älter, während nur etwa ein Viertel noch nicht die Volljährigkeit erreicht hatte. In den dünner besiedelten Regionen mit weniger als 100 Einwohnern/Quadratkilometer verhielt es sich umgekehrt: Hier waren insgesamt nur 27 Prozent der gemeldeten Bewerber mindestens 20 Jahre alt, während 41 Prozent noch nicht volljährig waren.


In den ländlichen Regionen mit geringer Einwohnerdichte gibt es eine ausgeprägte Bereitschaft zur regionalen Mobilität. In der BA/BiBB-Bewerberbefragung 2006 gaben 47 Prozent der Bewerber aus den Regionen an, sich auch auf Lehrstellen beworben zu haben, die mehr als 100 Kilometer vom Heimatort entfernt lagen. In den Großstädten waren es dagegen nur 19 Prozent – obwohl die Bewerber der Ballungszentren im Schnitt älter sind und damit auch bessere Voraussetzungen für eine weiträumige Mobilität mitbringen.

Mit dem höheren Lebensalter der Bewerber in den Ballungszentren korrespondiert ein höherer Altbewerberanteil: 46 Prozent der städtischen Bewerber gaben an, sich bereits einmal für einen früheren Ausbildungsbeginn beworben zu haben, doch nur 36 Prozent in Regionen mit einer Einwohnerdichte unter 100.

»Es gilt das ungeschriebene Gesetz, dass Abschlüsse in den Augen der Unternehmen immer weniger wert werden, wenn Wissen lange nicht angewendet wurde«, sagt Marco Frank, Ausbildungsexperte der DGB-Jugend.

Dabei liegt der Anteil der gemeldeten Bewerber mit Migrationshintergrund bei etwa elf Prozent in den ländlichen und mehr als einem Drittel in den stark besiedelten Regionen.

18 Prozent der Kinder aus Einwandererfamilien brechen die Schule vorzeitig ab. Nur 23 Prozent der migrantischen Jugendlichen mit Hauptschulabschluss, das bezeichnet ein aktueller Bericht der Bundesregierung, können einen Ausbildungsplatz ergattern.

Alter, Bildung und Herkunft können also zum Problem werden – Frank rät daher dringend zum Gegensteuern: »In Deutschland spricht man schon von einer ›Bugwelle‹ von mehr als 300.000 Jugendlichen, die sich Jahr für Jahr wieder hinten anstellen. Gerade sie müssten von den Agenturen für Arbeit bevorzugt vermittelt werden und unterstützende Angebote erhalten.« 

Die BiBB-Untersuchung im Internet: www.bibb.de/de/30703.htm

...bemühungen fortgeführt werden, lag die Quote in den Ballungszentren bei 17,4 Prozent.

DISKRIMINIERUNG

Ist die Lehrstellenvergabe ungerecht?

Ja, sagt Volker Roßocha.

Werden migrantische Bewerber bei der Lehrstellenvergabe diskriminiert?

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben – trotz gleicher Schulleistungen – schlechtere Chancen bei der Ausbildungsplatzsuche. Schlimmer noch: Je höher der Schulabschluss, desto größer die Chancendifferenz. Wesentliche Gründe für die Benachteiligung sind in den Rekrutierungsstrategien der Unternehmen, in vorhandenen Vorurteilsstrukturen und bei fehlenden persönlichen Kontakten zu finden.


Was schlägt der DGB vor?

Die Schulen müssen personell besser ausgestattet und notwendige pädagogische Veränderungen, z.B. die Einführung eines arbeitsweltbezogenen Unterrichts ab der 8. Klasse, vorgenommen werden.

Erforderlich sind auch Maßnahmen zur Weiterbildung der Personalverantwortlichen, die stärker als bisher die vorhandenen interkulturellen Kompetenzen der Jugendlichen bei der Auswahlentscheidung berücksichtigen sollten. In diesem Zusammenhang müssen auch die Auswahltests und -verfahren überprüft werden: Viel zu häufig finden sich in den Tests Fragestellungen, die Migrantenjugendliche aufgrund ihrer Erfahrungen und Geschichte nicht beant-

worten können. Gerade in Ballungsgebieten schlägt der DGB – gemeinsam mit den Beteiligten am Integrationsplan – eine bessere Vernetzung zwischen den Schulen und den Betrieben vor.

Das bedeutet...

...dass für die Gruppe der Jugendlichen mit schlechten Startchancen Maßnahmen wie etwa die ausbildungsbegleitenden Hilfen, das Nachholen eines Schulabschlusses und Maßnahmen zur so genannten zweiten Chance genutzt und ausgebaut werden sollten. 

Volker Roßocha arbeitet im Bereich Migrations- und Antirassismopolitik beim DGB-Bundesvorstand.



Lernen, aber richtig

Rund 15 Prozent der Auszubildenden fallen durch die Abschlussprüfung, weitere zehn Prozent bestehen sie erst im zweiten Anlauf. Mit der richtigen Unterstützung lässt sich vorbeugen.

Bei vielen Azubis steht nicht nur der Winter, sondern auch die Abschlussprüfung in der Tür. Mit dem gezielten Einsatz von Lernmethoden können sich Auszubildende die Prüfungsvorbereitung erleichtern.

Lesen und markieren

Die meisten Auszubildenden beginnen damit, ihr Material zu sichten und durchzulesen. Ein Vorteil dieser Methode ist auf jeden Fall, dass man überall lesen kann – also auch auf dem Weg zur Arbeit usw.

Auf diese Art kann man sich einen ersten Überblick verschaffen und den Stoff strukturieren. Möglichst sofort sollten Auszubildende aber damit beginnen, sich wichtige Textpassagen, Formeln oder Definitionen zu markieren und hervorzuheben. Durch die Markierung des Lernstoffs mit einem Textmarker wird der Lernstoff übersichtlich aufbereitet. Man kann Schwerpunkte und wichtigen Lernstoff hervorheben und mit einer Numerierung versehen. Schon beim nächsten Durchlesen kann man so konzentrierter lernen.

Lernen am PC

Am Computer kann man sich ein Lernskript mit den wichtigsten Inhalten erstellen und ausdrucken. Das Textverarbeitungsprogramm bietet dabei viele Formatierungsmöglichkeiten und macht den Stoff übersichtlicher. Schon bei der Ausarbeitung des Lernskripts bleibt in der Regel viel im Gedächtnis hängen. Außerdem kann man das Lernskript später gut bei anderen Lernmethoden verwenden. Wer gerne am PC lernt, sollte sich auch in der Berufsschule oder im Buchhandel informieren: Für viele Berufe gibt es inzwischen Lernprogramme zur Prüfungsvorbereitung.

Lernkartei

Die Lernkartei ist eine Methode, mit der man gezielt Definitionen und Formeln lernen kann. Alles was man schon beherrscht, wird automatisch aussortiert. Schon beim

Anlegen der Lernkartei lernt man einiges und die Lernkartei kann jederzeit ergänzt und überarbeitet werden.

Und so geht es: Spezielle Lernkarteien gibt es im Fachhandel. Der Azubi kann aber auch einfach eine Schachtel nehmen und in fünf Fächer unterteilen. Dann muss der Lernstoff in kleine Einheiten zerlegt werden, z.B. Begriffsdefinitionen oder Formeln. Auf die Vorderseite der Karteikarte schreibt der Azubi eine eindeutige Frage oder einen Begriff, auf der Rückseite stehen Antwort oder Definition. Dann kommen alle Kärtchen ins erste Fach – und der Auszubildende kann mit dem Lernen beginnen:

1. Kärtchen aus dem ersten Fach nehmen und Frage lesen. Im Kopf beantworten oder Antwort aufschreiben. Karte umdrehen und Antwort überprüfen.

2. Wenn die Antwort richtig war, wandert das Kärtchen ins zweite Fach. War sie falsch, bleibt sie im ersten Fach, kommt aber nach hinten.

3. Alle Kärtchen im ersten Fach durchgehen.

4. Mit dem zweiten Fach beginnt man dann, wenn es voll ist.

Wenn man die Antwort weiß, wandert das Kärtchen ins dritte Fach. Falls nicht, kommt sie zurück ins erste Fach.

5. Das erste Fach sollte der Azubi jeden Tag durchgehen, die anderen Fächer nur, wenn sie voll sind.

6. Wenn alle Kärtchen ins fünfte Fach gewandert sind, beherrscht der Azubi den Lernstoff sicher!

Lernen mit Bildern

Bei dieser Methode kommt die linke Gehirnhälfte ins Spiel. Durch die Verknüpfung von Bildern und Begriffen kann man sich Abfolgen besser merken.

Zunächst stellt man sich eine Abfolge visuell vor. Zum Beispiel einen typischen Weg: die Wohnung, der U-Bahneingang, einzelne Stationen, markante Punkte auf dem Weg in den Betrieb. Dann verknüpft man die zu lernenden Begriffe gedanklich mit den Orten. Wenn man jetzt in Gedanken die Orte wieder durchgeht, fallen einem die Begriffe in der richtigen Reihenfolge wieder ein.



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Müller

Lernposter

Auf einem großen A1-Poster werden die wichtigsten Inhalte eines Themas zusammengefasst. Die einzelnen Punkte können mit Bildern ergänzt und untereinander verbunden werden. Das Lernposter kann man dann überall aufhängen und immer wieder darauf schauen, z.B. beim Zähneputzen im Badezimmer.

Lerngruppe oder Lernpartner


Gemeinsam macht das Lernen oft mehr Spaß und man kann sich gegenseitig helfen. Azubis können sich in der Berufsschule einen Lernpartner oder eine Lerngruppe suchen und sich regelmäßig verabreden. Jeder kann dabei bestimmte Stoffgebiete vorbereiten, ein Skript oder Beiträge für die Lernstoffkartei erstellen. Die Azubis können den Stoff in der Gruppe diskutieren und sich gegenseitig helfen und abfragen – das ist besonders sinnvoll bei der Vorbereitung auf mündliche Prüfungen. Durch Rollenspiele kann man sich auf die Prüfungssituation vorbereiten. Dabei schlüpfen zwei Auszubildende in die Rollen von Prüfer und Prüfling. Der Prüfer bereitet verschiedene Fragen vor, die dem Prüfling gestellt werden.

Training mit Prüfungsaufgaben

Das Training mit ehemaligen Prüfungsaufgaben gibt einen guten Überblick über die Stoffgebiete. Man kann dabei auch die verschiedenen Aufgabenformen einüben, z.B. offene

Fragen oder Multiple Choice. Außerdem kann der Azubi hier mit realen Zeitvorgaben üben. Durch die Musterlösungen können die eigenen Antworten auf ihre Richtigkeit hin kontrolliert werden.

Üben im Betrieb

Die praktischen Prüfungsinhalte muss der Azubi natürlich auch im Betrieb üben. In der Prüfungsordnung kann man nachlesen, was in der praktischen Prüfung verlangt wird – das kann ein Projekt, eine Übung, eine Arbeitsprobe oder ein betrieblicher Auftrag sein. Je nachdem kann sich der Azubi im Betrieb Aufgaben stellen und üben. Gut ist es, wenn der Ausbilder dem Azubi dafür Zeit gibt und die Ergebnisse überprüft. 

Literatur: Julia Müller u.a.: *Geschafft! Prüfungsvorbereitung für Azubis*, W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2007, 98 S., 9,90 Euro

Brauner Norden

Die DGB-Jugend veröffentlicht eine Broschüre zum Rechtsextremismus in Hamburg.

Rote Karte: Braune Jungs un Nazi-Deerns« – mit dieser 44-seitigen Broschüre möchten die Hamburger DGB-Jugend und das antifaschistische Projekt Avanti auf die zunehmende Gefahr aus Kreisen der extremen Rechten in Hamburg aufmerksam machen.

Das als Kooperationsprojekt mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren entstandene Heft zeigt die Entwicklungen der rechten Szene und ihrer Strukturen in Hamburg auf, beschäftigt sich mit ihren ideologischen Schwerpunkten, ihrem Wählerpotenzial und den von ihr ausgehenden Gefahren. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf den Parteien DVU, NPD und den so genannten Freien Kameradschaften. Das Vorwort der Broschüre stammt von der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejerano.

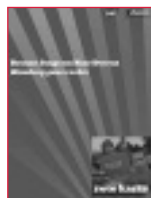
»Die extreme Rechte hat in den vergangenen Monaten verstärkt auf sich aufmerksam gemacht«, sagt Olaf Schwede, DGB-Landesjugendsekretär in Hamburg. Dazu zählt er die gewaltsame Störung von Veranstaltungen demokratischer Organisationen, die Wahl des bekannten Rechtsextremisten Jürgen

Rieger zum Landesvorsitzenden der Hamburger NPD, die geplante Kundgebung der DVU auf dem Hamburger Rathausmarkt. Schwede: »Die extreme Rechte agiert offensiver und sucht bewusst die Öffentlichkeit.«

»Zur Hamburger Bürgerschaftswahl wird die DVU in Abstimmung mit der immer stärker werdenden NPD kandidieren«, sagt Felix Krebs, Mitautor der Broschüre und Vertreter von Avanti. Er erwartet einen offensiven Wahlkampf. Das Potenzial der extremen Rechten in Hamburg dürfe nicht unterschätzt werden: »In der Vergangenheit sind sie mehrfach nur durch ihre Zersplitterung an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert.«

Die DGB-Jugend bekräftigt angesichts der Veröffentlichung der Broschüre ihre Forderung nach einem Landesprogramm gegen Rechts. Darüber hinaus können Bewohner der Stadt Hamburg unter www.keine-stimmen-den-Nazis.org eine Unterschriften-Kampagne gegen den Einzug von extrem rechten Parteien in die Bürgerschaft unterstützen. [5]

Die Broschüre »Braune Jungs un Nazi-Deerns. Hamburg ganz rechts« kann bei der DGB-Jugend Hamburg bestellt werden. Tel.: 040/28 58 256, E-Mail: jugend.nord@dgb.de. Im Download: www.dgb-hamburg.de, Stichwort »Infomaterial und Tipps«



RATGEBER

Nie mehr blöde Anmache

»Blöde Anmache? Nicht mit mir« heißt ein vom Antidiskriminierungsbüro Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. und der Antidiskriminierungsstelle Brandenburg herausgegebener Ratgeber. Er richtet sich gezielt an Jugendliche, die Diskriminierung selbst erfahren (haben) und/oder Zeugen von Diskriminierung geworden sind.

Der Ratgeber erklärt aus verschiedenen Perspektiven, was Diskriminierung ist und sein kann, und wie sich Jugendliche dagegen wehren können. Beispiel: Der Patient, der sich nicht von der türkischen Krankenschwester waschen lassen will.

Der Serviceteil bietet eine Liste mit Beratungsstellen, die jungen Leuten, die aufgrund ihrer Herkunft, Nationalität, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Behinderung, sexuellen Identität und ihres Geschlechts benachteiligt werden, Beratung und Unterstützung anbieten.

An nordrhein-westfälischen und brandenburgischen Schulen und Bildungsträgern wird die Broschüre kostenlos zur Verfügung gestellt. [5]

»Blöde Anmache? Nicht mit mir«. Broschüre. Bestellung: Antidiskriminierungsbüro Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., Keupstr. 93, 51063 Köln, Tel.: 0221 / 510 18 47, E-Mail: info@oegg.de oder als Download auf www.oegg.de



Gleichberechtigung her

Gewinner des diesjährigen »Gelbe-Hand«-Wettbewerbs: die Jugendwerkstatt Gifhorn.

Der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« hat Ende 2007 zum dritten Mal die besten Beiträge von Jugendlichen zum Thema Antirassismus ausgezeichnet. Gewonnen hat die Jugendwerkstatt Gifhorn. Auf den Plätzen zwei und drei landeten Azubis der Stadtverwaltung München und Berufsschüler der Richard-Müller-Berufsschule in Fulda.

Guntram Schneider, DGB-Vorsitzender in NRW, hat die Preise am 10. Dezember 2007 vor zahlreichen Zuschauern im Hans-Böckler-Haus in Düsseldorf verliehen.

Der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« engagiert sich schon seit über 20 Jahren gegen Rassismus und tritt für die

Gleichberechtigung von Migranten und Migrantinnen in der Arbeitswelt ein.

Der Verein, den die DGB-Jugend tatkräftig unterstützt, hatte zu Beginn des Jahres Berufsschüler oder Schüler anderer Einrichtungen der beruflichen Bildung sowie Azubis in Betrieben und Verwaltungen aufgerufen, Beiträge zu den Themen Antirassismus oder Rechtsextremismus einzureichen, um damit das Bewusstsein der Jugendlichen im Betrieb oder in der Schule zu schärfen. Insgesamt wurden über 30 Beiträge eingesandt.

Am besten fand die Jury, bestehend aus dem Vorstand und der Geschäftsführung des Vereins sowie Antonia Kühn von der

DGB-Jugend NRW, den Beitrag der Jugendwerkstatt Gifhorn, die 1.000 Euro Preisgeld erhielt. In der Jugendwerkstatt finden 200 Jugendliche und Erwachsene Zugang zur Arbeitswelt. Sie hatten für den Wettbewerb einen Film gedreht – in Eigenregie. Die Geschichte handelt von einem Menschen, der an seinem Arbeitsplatz aufgrund seiner Herkunft angemacht, doch von einigen Kollegen verteidigt wird.

2008 wird es erneut einen Wettbewerb geben. [5]

Der Film aus Gifhorn kann ab Februar 2008 ausgeliehen werden. Näheres dazu auf www.migration-online.de

Wettbewerbsinfos: www.gelbehand.de



WEBTIPP DES MONATS

»Girl's Day« kennt jeder, für Jungs gibt's aber auch »neue Wege« – so der Titel eines bundesweiten Pilotprojekts. Ziel ist es, Jungen einen anderen Blick auf ihre individuelle Berufs- und Lebensplanung zu geben.

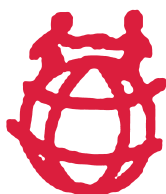
»Neue Wege für Jungs« bündelt, unterstützt und regt regionale Angebote an, die sich speziell an Jungen richten und Fragen zur Berufs- und aufgreifen. Ein Service-Büro und eine Website dienen als Plattformen für Dialog und Vernetzung und helfen Engagierten in Schule, Jugendarbeit und Berufsberatung bei der Umsetzung von Jungenangeboten.

www.neue-wege-fuer-jungs.de



+ Internationaler Arbeitskreis:

IG-Metall- und DGB-Jugend treffen sich zur Vorbereitung des Europäischen Sozialforums (ESF) 2008 im Bildungszentrum Heimvolkshochschule Hustedt. Herzlich willkommen sind natürlich auch KollegInnen, die zwar nicht den beiden internationalen Arbeitskreisen angehören, sich aber im Rahmen des ESF innerhalb der Gewerkschaftsjugend engagieren wollen.



8. bis 10. Februar 2008. ESF-Vorbereitungstreffen. Anmeldeschluss: 28. Januar 2008. Infos: Jessica Heyser, Tel: 030 / 240 60 171, E-Mail: jessica.heyser@dgb.de. Anmeldungen: Daniela Linke, Fax: 030 / 240 60 409, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

+ Interkulturelle Botschaft:

Zwölf Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur überbringen Botschaften zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten – das ist der Interkulturelle Kalender 2008, herausgegeben vom DGB-Bildungswerk.

Zu bestellen bei: www.migration-online.de



+ Ausbildung Nord: Die DGB-Jugend Hamburg diskutiert mit Kandidaten der Bürgerschaftswahl, was in Sachen Jugendthemen von ihnen zu erwarten ist.

13. Februar 2008, 18 Uhr, DGB-Jugendclub Movimento, Besenbinderhof 57 a, 20097 Hamburg. Infos: www.dgb-jugend-nord.de

+ Neues Jahr, neue Wohnung – der DGB-Rechtsschutz Nordost ist umgezogen!

Die neuen Kontaktdaten lauten: DGB Rechtsschutz GmbH, Regionalbüro Nordost, Breite Straße 9 a, Zimmer 309 und 310, 14467 Potsdam, Tel.: 0331 / 9679 79 11, Fax: 0331 / 9679 79 13

HATTINGEN – SEMINARE

Antragstellung leicht gemacht – das EU-Förderprogramm »Jugend in Aktion«: Dieses neue Jugendprogramm ist eine der größten Förderquellen, es umfasst insgesamt ein Volumen von 885 Mio. Euro! In diesem Workshop werden die wichtigsten Fragen, Tipps und Tricks einer erfolgreichen Antragstellung für GewerkschafterInnen geklärt.

13. und 14. März 2008. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode: EUA 608276739

Antirassistische Jugendbildung: Die Leitfrage dieser Tagung lautet: Wie muss antirassistische Pädagogik angelegt sein, um einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung und Veränderung hin zu einer diskriminierungs- und rassismussfreien Gesellschaft zu leisten? Die Veranstaltung ist eine Kooperation mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V.

3. bis 5. April 2008. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode ARJ 608268712
Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail: jkiontke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork PN GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	